Deutscher Bundestag
11. Wahlperiode

Drucksache 11/8443

15. 11. 90

Entschließungsantrag

der Fraktion der SPD

zur Unterzeichnung des Vertrages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über die Bestätigung der zwischen ihnen bestehenden Grenze

Der Bundestag wolle beschließen:

1. Der Deutsche Bundestag begrüßt, daß der längst überfällige deutsch-polnische Grenzvertrag endlich unterzeichnet ist.

2. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, die Ratifizierung des deutsch-polnischen Grenzvertrages unverzüglich einzuleiten, unabhängig von dem noch auszuhandelnden deutsch-polnischen Grundlagenvertrag.

   Dies entspricht der Verpflichtung, die die Bundesregierung in der mit den Vier Mächten getroffenen abschließenden Regelung in bezug auf Deutschland eingegangen ist. Dies entspricht auch dem Auftrag, den der Deutsche Bundestag und die Volkskammer bereits im Juni 1990 in gleichlautenden Entschließungen formuliert haben.

   Nur durch eine unverzügliche Ratifizierung des bilateralen Grenzvertrages kann das Vertrauen, das Polen und die Teilnehmerstaaten der 2+4-Gespräche in das vereinte Deutschland gesetzt haben, gewahrt bleiben.

3. Der Deutsche Bundestag stellt fest, daß die Achtung der Menschenrechte ein wesentliches Element des friedlichen Zusammenlebens in Europa darstellt. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, die Minderheitenrechte für alle Minderheiten, so auch für die Deutschen in Polen, im Einklang mit den für Europa geltenden Normen des Minderheitenschutzes zu gewährleisten und zu sichern.

Bonn, den 15. November 1990

Dr. Vogel und Fraktion

Druck: Thenée Druck KG, 5300 Bonn, Telefon 23 19 67
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 13 63, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon (02 28) 36 35 51, Telefax (02 28) 36 12 75
ISSN 0722-8333